

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 10. August 1988

Blatt 1543

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Gesundheitsausschuß behandelte Anträge von Gemeinderäten (1544/1545/FS: 9.8.)
- 280.000 Teilnehmer beim Ferienspiel (1547)
- Städtebund: Mehr Rechte für die Radfahrer in der StVO! (1548)

Wirtschaft:

- 20 Millionen für Innovationsförderung (1546)

Gesundheitsausschuß behandelte Anträge von Gemeinderäten

Bereits am 9. August 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalswesen wurde Dienstag nachmittag eine Reihe von Anträgen von Gemeinderäten behandelt. Zu einem Antrag der FP-Gemeinderätin Karin LANDAUER, der Wiener Bevölkerung ab dem 20. Lebensjahr einmal pro Jahr einen Hämoccult-Test anzubieten, stellte das Gesundheitsamt fest, daß dieser Test zur Erkennung eines bösartigen Tumors im unteren Darmabschnitt für eine Durchuntersuchung der Bevölkerung nicht geeignet sei. Im Rahmen der Gesundenuntersuchungen der Stadt Wien werden derartige Tests selbstverständlich durchgeführt.

Gegen die generelle Anwendung sprechen:

- Die Untersuchten halten die notwendigen Diätvorschriften oft nicht ein.
- Falsche negative Befunde geben keine Gewähr für das Fehlen eines bösartigen Tumors.
- Falsche positive Befunde können oft durch harmlose Veränderungen im Darmbereich hervorgerufen werden, müssen aber zum Anlaß genommen werden, eine Rektoskopie durchzuführen. Dieser diagnostische Eingriff wird von vielen Menschen als sehr unangenehm empfunden.

Deshalb ist nur eine gezielte Anwendung dieses Tests bei Risikogruppen und bei Personen, die älter als 50 Jahre sind, vertretbar.

Zum Antrag der VP-Gemeinderäte Dr. Erwin RASINGER und Mag. Franz KARL, die Universitätsklinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde räumlich, organisatorisch und personell in den Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses zu integrieren, stellte das Anstaltenamt fest, daß als grundlegende Voraussetzung für eine solche Maßnahme die Bereitschaft des Bundes vorliegen müßte, sämtliche Kosten, und zwar sowohl für die Errichtung wie auch für den Betrieb (Personal- und Sachaufwand) zu tragen. Denn die Aufgabe der Klinik, die Ausbildung von Zahnärzten, ist eine Bundesangelegenheit. Im Falle der Bereitschaft des Bundes, die gesamten Errichtungs- und künftigen Betriebskosten zu übernehmen, ist für eine neue Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ein Areal im Anschluß an die Erweiterungsbauten Ost reserviert.

Stadtrat Stacher wies ergänzend darauf hin, daß er in der letzten Sitzung der ARGE AKH am vergangenen Freitag zur Diskussion gestellt habe, das geplante Zyklotron für das neue AKH gegen die Errichtung der neuen Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde einzutauschen. Die VAMED sei beauftragt worden, einen Vergleich der Bau- und Betriebskosten dieser beiden Projektteile anzustellen und der ARGE AKH vorzulegen. Das Zyklotron könnte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Mehr Ergotherapeuten

Auf den Antrag der VP-Gemeinderäte Dkfm. Hilde SCHILLING und Mag. Franz KARL, in Wien die Zahl der Ausbildungsplätze für Ergotherapeuten zu erhöhen und die Zahl der Dienstposten für Ergotherapeuten anzuheben, antwortete das Anstaltenamt, daß die Zahl der Dienstposten für Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten (Ergotherapeuten) im Bereich der Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime von 1983 bis 1988 um 73 Prozent auf 95 Dienstposten angewachsen ist.

Die Schule für den beschäftigungs- und arbeitstherapeutischen Dienst in Wien untersteht allerdings nicht der Stadt Wien, sondern einem Kuratorium des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, hat sich aber an Bundesminister Karl DALLINGER mit der Bitte gewandt, in die Schule mehr Wiener Bewerber aufzunehmen, um den Personalbedarf in dieser Sparte, vor allem in den

Pflegeheimen, abdecken zu können.

Zum Antrag der SP-Gemeinderäte Hans SCHIEL und Genossen, einen Bericht über die Erfahrungen bei der Einhebung des Kostenbeitrages von 50 Schilling pro Pflage tag im Krankenhaus zu geben, hielt das Anstaltenamt fest, daß ein solcher Bericht über das Kalenderjahr 1989, der eine Gegenüberstellung der erzielten Einnahmen zum hiefür notwendigen Verwaltungsaufwand enthält, im Frühjahr 1990 vorgelegt werde.

Mobile Schwestern

Auf den Antrag der VP-Gemeinderäte Dkfm. Hilde Schilling und Mag. Franz Karl, die Zahl der mobilen Krankenschwestern auf mindestens 100 zu erhöhen und darüber hinaus eine effiziente Hauskrankenpflege zu installieren, erwiderte das Anstaltenamt, daß noch im September dieses Jahres in einem Modellprojekt im 2. Bezirk vier mobile Schwestern zusätzlich beschäftigt werden. Damit werden noch im Jahr 1988 insgesamt 87 mobile Krankenschwestern beschäftigt sein. Das Modellprojekt (Versorgung auch in den Nachmittags- und Abendstunden, auch an Wochenenden und Feiertagen) erscheint geeignet, einer Verschlechterung des Zustandes kranker Patienten vorzubeugen beziehungsweise zu einer schnelleren Gesundung beizutragen. Damit werden den Sozialversicherungsträgern erhöhte Kosten erspart. Es ist daher angezeigt, Verhandlungen mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger anzustreben, um einen entsprechenden Kostenbeitrag zu erreichen.

Stadtrat Stacher stellte in diesem Zusammenhang fest, daß der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds zehn Prozent seiner Mittel den Bundesländern für strukturverbessernde Maßnahmen gibt, um die Akutbetten in den Spitälern weiter verringern zu können. Es würden noch Gespräche geführt, welche neuen Modelle im Rahmen dieser Finanzierung verwirklicht werden können. Es müßten aber auch die Sozialversicherungsträger, die von einer Reduzierung der Belagstage in den Akutspitälern profitieren, bereit sein, Einrichtungen wie die Hauskrankenpflege zu finanzieren. (Schluß) sc/rr

Forts. von Blatt 1544

20 Millionen für Innovationsförderung

Wien, 10.8. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Der „Aktion zur Förderung von Innovationen in Wien“ wurden für ein weiteres Jahr 20 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Aktion können Klein- und Mittelbetriebe mit maximal 500 Beschäftigten in Anspruch nehmen, Einreichstelle ist der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds 1082 Wien, Ebendorferstraße 2.

Gefördert werden innovatorische Projekte, die technisch durchführbar sind und die eine wirtschaftliche Verwertung erkennen lassen. Das Ansuchen um eine Förderung muß vor Inangriffnahme eines Projektes gestellt werden, die Förderung ist in drei Projektphasen unterteilt: Phase 1 — Forschung und Entwicklung, Phase 2 — Fertigungsüberleitung, Phase 3 — Markteinführung. Für Phase 1 beträgt die höchste Förderung 400.000 Schilling, für Phase 2 und 3 jeweils 300.000 Schilling, in Summe beträgt die maximale Förderung somit eine Million Schilling.

Die Projekte werden vom WIFI der Wiener Handelskammer begutachtet. In der Phase 1 können so verschiedene Kosten wie Forschungsaufträge, Lizenzen, wissenschaftliche Geräte, Personalaufwendungen gefördert werden. In der Phase 2 zum Beispiel sämtliche Aufwendungen der Produktionsplanung und -vorbereitung, Erstinvestitionen für die Serienproduktion und in der Phase 3 Aufwendungen für Marktforschung, Werbung, Messen, Anwenderschulung, Errichtung von Absatzorganisationen und ähnliches. (Schluß) sei/gg

280.000 Teilnehmer beim Ferienspiel

Zwischenbilanz für Ferienspiel und Ferien in Wien

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Rund 280.000 Teilnehmer gab es bis Ende Juli bei den Aktionen und Veranstaltungen des Wiener Ferienspiels und der heuer erstmals durchgeführten Aktion „Ferien in Wien“. Der Trend zu Aktionen, bei denen Kinder und Jugendliche aktiv mitmachen können, hat sich, zog das Wiener Landesjugendreferat Bilanz, weiter verstärkt.

Besuch im Prater war ein Hit

Der absolute Hit der ersten Ferienspiel-Halbzeit waren die Ferienspielattraktionen im Wiener Prater. Rund 18.000 Teilnehmer registrierte der Veranstalter — das Landesjugendreferat Wien — bis jetzt bei dieser Aktion, die jeden Dienstag stattfindet. Der Ansturm der Ferienspieler war dermaßen groß, daß die für die ganze Ferienspielsaison vorgesehenen 14.000 Ermäßigungsbons bereits in der dritten Juliwoche vergriffen waren. Mittlerweile wurden Bons nachgedruckt. Erhältlich sind die Bons beim Infostand des Wiener Ferienspiels beim Riesenrad. Einlösen kann man sie dienstags von 10 bis 20 Uhr im Wiener Prater.

Stadtforscher und Badefrösche

Rund 2.000 Kinder und Jugendliche erforschten ihre Heimatstadt im Rahmen der Ferienspielaktion „Stadtforscher“ bzw. der „Ferien in Wien“-Aktion „Stadtexpedition“, die im Juli viermal stattfand. Das schöne Juliwetter lud viele Kinder ein, beim „Kunterbunten Bäderspaß“ des Ferienspiels mitzumachen. Rund 10.000 Badefrösche tummelten sich bei den Aktionen des Landesjugendreferates in den Wiener städtischen Bädern. Nur fünf Mal mußte wegen Schlechtwetters abgesagt werden.

Ausgebucht waren die Video-Workshops und die Ritterspiele in der Waffensammlung des Kunsthistorischen Museums, ebenfalls sehr gefragt war ein Blick hinter die Kulissen des Pferderennsports in der Freudenau.

Gustostückerln aus dem August-Programm

Eine Reihe interessanter Veranstaltungen gibt es auch im Augustprogramm des Ferienspiels. Für die jüngeren Teilnehmer werden Fahrten zum Spiel, Tanz im Park und das Spiel-Velo geboten, für die älteren Ferienspieler gibt es Computerferien, Zeltlager auf der Donauinsel und vieles andere.

Informationen über das Programm des Ferienspiels und der Aktion „Ferien in Wien“ gibt es beim Infostand in der Schmidhalle des Rathauses und unter der Telefonnummer 42 800/4100 DW. (Schluß) jel/rr

Städtebund: Mehr Rechte für die Radfahrer in der StVO!

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Der hohe finanzielle Aufwand der Gemeinden zur Verbesserung der Infrastruktur für den Fahrradverkehr sollte auch durch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen unterstützt werden, forderte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK als Präsident des Österreichischen Städtebundes.

Dem Radfahrer werden in der 15. Novelle zur Straßenverkehrsordnung zu wenig Rechte eingeräumt. Als schwächstem Verkehrsteilnehmer wird ihm in vielen Fällen nicht gerade geholfen, statt dessen muß er weitere Nachteile in Kauf nehmen. Das ist eine der Grundaussagen der Stellungnahme zur vorgesehenen Novelle, die der Österreichische Städtebund dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr übermittelt hat.

„Der Entwurf läßt den erforderlichen besseren Rechtsschutz der Radfahrer missen“, schreibt der Städtebund. „Eine Änderung der Vorrangbestimmungen zugunsten der Radfahrer ... wäre unbedingt anzustreben“. Im Gegensatz dazu trage die beabsichtigte Novelle durch die Einführung der „Radfahrerüberfahrt“ zu neuen Unklarheiten bei, der optische Reiz der Bodenmarkierungen der Radfahrerüberfahrt würde den auf dem Radweg fahrenden Radler glauben machen, er sei im Vorrang.

Der Städtebund verweist auf Beispiele aus dem Ausland: In der Schweiz und der BRD werden geradeaus fahrende Radwegbenützer gegenüber abbiegenden Autos bevorrangt. Wo das nicht der Fall ist, wird der Radweg optisch nicht fortgesetzt, und der Nachrang durch ein Verkehrszeichen signalisiert.

In Österreich soll im Gegensatz zu praktisch allen anderen westeuropäischen Staaten der Radverkehr auf Radwegen im Kreuzungsbereich nicht dem Fließverkehr zugerechnet werden, sodaß der Radfahrer als schwächerer Verkehrsteilnehmer gegenüber dem abbiegenden Auto immer im Nachrang ist. Dafür gebe es — so der Österreichische Städtebund — keine objektiven Gründe. Man sollte daher vor allem die die Radfahrer betreffenden Gesetzesstellen, auch die Einführung der „Radfahrerüberfahrt“, auf jeden Fall noch gründlich überdenken, fordert der Städtebund.

Weiters regte der Städtebund unter anderem an, ein Anhaltegebot für den Autofahrer schon dann vorzusehen, wenn Fußgänger durch ihr Verhalten anzeigen, daß sie einen Fußgängerübergang betreten wollen. (Schluß)
roh/gg